

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 128-2017
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.361

Eingereicht am: 06.06.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Sauvain (Moutier, PSA) (Sprecher/in)
Hirschi (Moutier, PSA)
Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 08.06.2017

RRB-Nr.: 1150/2017 vom 01. November 2017
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Falsche Steuerdaten: Wird der Regierungsrat die nötigen Korrekturen vornehmen?

Die Finanzdirektion hat den Steuerertrag, den die Stadt Moutier 2015 dem Kanton überwiesen hat, überprüft und dabei festgestellt, dass aufgrund einer Verwechslung eine falsche Zahl veröffentlicht worden ist.

Die Finanzdirektion hält fest, dass die Stadt Moutier im Jahr 2015 rund 24 Mio. Franken an Steuereinnahmen (ohne Handänderungssteuern und ohne Motorfahrzeugsteuern) an den Kanton überwiesen hat, und nicht 14 Millionen wie fälschlicherweise veröffentlicht. Die Finanzdirektion bedauert den Fehler und wird sich gegenüber dem Gemeinderat der Stadt Moutier entschuldigen. Nun stellt sich die Frage, ob dies für den Regierungsrat bzw. für seine Juradelegation ebenfalls zutrifft.

Der Fehler müsste aber nicht nur korrigiert werden. Auch die breit gestreuten Begründungen der Regierung müssten angepasst werden.

Am 12. Mai 2017 erklärte der Präsident der Juradelegation anlässlich des Kongresses von Force Démocratique in Moutier nämlich¹: «Setzt man sich etwas genauer mit den Finanzen auseinander, sieht man für 2016, dass die 29 Millionen aus dem Finanzausgleich und die 14 Millionen aus dem Kantonssteuerertrag nicht ausreichen, um die Dienstleistungen für die Bevölkerung Moutiers, die jährlich rund 50 Millionen betragen, vollständig zu finanzieren. Bern konnte die Differenz dank einer positiven Jahresrechnung tragen. Ein defizitärer Kanton könnte dies nicht.»

¹ Quelle: Internet des Kantons Bern: www.be.ch/moutier

Trotz der Berichtigung durch die Finanzdirektion wurde diese Argumentation von mehreren Seiten übernommen: Komitee «Moutier-Prévôté», Regierungsrat Schnegg auf seiner Facebook-Seite, «Journal du Jura», «Berner Zeitung», «Le Quinquet» usw.

Obwohl der Fehler der Regierung zu verurteilen ist, ist er doch von Interesse. Geht man von den Regierungsaussagen mit den richtigen Zahlen aus, ergibt sich Folgendes:

- Die Stadt Moutier kostet 50 Millionen Franken pro Jahr.
- Für den Unterhalt dieser Stadt sieht der Kanton Bern die Beträge aus dem Finanzausgleich (29 Millionen) sowie aus dem Kantonssteuerertrag (24 Millionen) vor.

Man rechne: $24+29=53$ und $53-50=3$, mit anderen Worten: **Moutier beschert dem Kanton Bern einen jährlichen Gewinn von 3 Millionen Franken.**

Bern bestätigt, dass die 29 Millionen aus dem Finanzausgleich an die Stadt Moutier gehen, was früheren Äusserungen, namentlich seitens der antiseparatistischen Bewegungen, widerspricht.

Machen wir dieselbe Rechnung mit dem Kanton Jura:

- Die Stadt Moutier kostet 50 Millionen Franken pro Jahr.
- Für den Unterhalt dieser Stadt sieht der Kanton Jura die Beträge aus dem Finanzausgleich (26 Millionen) sowie aus dem Kantonssteuerertrag (24 Millionen) vor.

Man rechne: $26+24=50$ und $50-50=0$, mit anderen Worten: **Moutiers Wechsel fällt für den Kanton Jura kostenneutral aus.**

Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Offensichtlichkeit die Antiseparatisten nicht daran hindert zu behaupten, der Jura sei nur aus finanziellen Gründen an Moutier interessiert.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, **dass Moutier sehr wohl von den jährlichen 26 Millionen aus dem eidgenössischen Finanzausgleich profitieren wird.**

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Anlässlich der RTS-Sendung «Forum», die am 30. Mai 2017 live aus Moutier ausgestrahlt wurde, und obwohl die Finanzdirektion die falschen Zahlen der JDR gerade korrigiert hatte, behauptete Pierre Alain Schnegg selbstsicher, dass sich Bern bei der Kampagne nie auf diese Zahlen gestützt habe. Wie kann es sein, dass der Regierungsrat dem Präsidenten der Juradelegation solche Falschaussagen erlaubt?
2. Hätte der Regierungsrat die Berichtigung der Steuerdaten auch veranlasst, wenn der Fehler nicht von einem Stadtrat von Moutier entdeckt worden wäre?
3. Wird die JDR auf den Datenträgern, die diesen Fehler enthalten (Internet des Kantons, Facebook usw.), eine Aktualisierung vornehmen?
4. Wird der Regierungsrat insbesondere die Bevölkerung wissen lassen, dass die ursprüngliche Argumentation der Juradelegation zur Schlussfolgerung führt, dass die Stadt Moutier sehr wohl von den jährlichen 26 Millionen Franken aus dem eidgenössischen Finanzausgleich profitieren wird?

Begründung der Dringlichkeit: Die Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit der Stadt Moutier findet am 18. Juni 2017 statt.

Antwort des Regierungsrates

Einleitend

Die Fehlinterpretation im Zusammenhang mit der Veröffentlichung falscher Steuerdaten in einer deutschsprachigen Tageszeitung rührt von einem unglücklichen Versehen. Die von den kantonalen Stellen mitgeteilten Zahlen betrafen nämlich die Gemeinde- und nicht die Kantonssteuern, die in Moutier erhoben werden.

Dieses Versehen scheint sich nicht auf das Abstimmungsergebnis ausgewirkt zu haben, denn die Verfechter eines Kantonswechsels haben die Abstimmung vom 18. Juni 2017 trotzdem gewonnen.

Zu Frage 1

Der Kanton Bern hat zu keiner Zeit eine Kampagne geführt, die auf den in einer Deutschschweizer Zeitung veröffentlichten Zahlen beruhte. Die Zahlen wurden auf Gesuch dieser Zeitung hin erstellt. Der Kanton Bern hat diese Steuerdaten niemals benutzt, auch nicht in seiner an die Stimmberechtigten von Moutier gerichteten Abstimmungsbotschaft im Hinblick auf die Abstimmung vom 18. Juni 2017. Der Präsident der Juradelegation hat sich somit in keinem Fall irgendwelche Falschaussagen erlaubt.

Zu Fragen 2, 3 und 4

Die Zahlen wurden einige Stunden nach Bekanntwerden des Fehlers in einer amtlichen Medienmitteilung der Finanzdirektion berichtigt. Als die vorliegende Interpellation eingereicht wurde, hatte der Kanton Bern seinen Fehler bereits offiziell und auf breiter Ebene berichtigt.

Die offizielle Medienmitteilung vom 30. Mai 2017 der Finanzdirektion gibt namentlich die berichtigten Zahlen wieder. Sie ist aussagekräftig genug, weshalb auf sie verwiesen wird. Ausserdem möchten der Regierungsrat und seine Juradelegation betonen, dass dieser Fehler bereits vor der Abstimmung in den Medien breit thematisiert worden war und dass sich die Gemeinde Moutier in der Zwischenzeit über ihre Kantonszugehörigkeit ausgesprochen hat, womit sich eine zusätzliche Kommunikation in diesem Zusammenhang im Nachhinein erübrigt.

Verteiler

- Grosser Rat